

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 9

Artikel: Zurück zur eigenen Aussage? : Die Kirche in der DDR nach dem "Fall Brüsewitz"
Autor: Seidel, J. Jürgen
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094888>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Kirche in der DDR nach dem «Fall Brüsewitz»

Zurück zur eigenen Aussage?

Ein Bericht von Pfarrer J. Jürgen Seidel

Vom 24. bis 28. September 1976 tagte in Züsow/DDR die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Vorgesehenes Hauptthema war die «Kirchengemeinschaft» im Bund der acht ostdeutschen Landeskirchen. Unvorhergesehen jedoch sollte dieses Stichwort brennende Aktualität gewinnen. Ursache dafür war die kurz zuvor, am 18. August, erfolgte Selbstverbrennung des Pfarrers der provinzsächsischen Kirche, Oskar Brüsewitz. Durch seine nicht zu verschweigende Tat mit dem Einsatz seines (eigenen!) Lebens hat der Geistliche ernste Fragen an Kirche, Staat und Bevölkerung gerichtet: Wie steht es mit dem Glaubenszeugnis der Christen in der sozialistischen Gesellschaft? Wie verhält es sich mit der Glaubensgemeinschaft zwischen Kirchenleitungen und Gemeinden?

Der Tod des Drossdorfer Geistlichen hatte bewirkt, dass die Stimmung der DDR-Bevölkerung spontan und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Es wurden Anfragen laut zu den Beziehungen zwischen Kirchenvertretern und Staats- und Parteifunktionären. Schliesslich brachen ganz

Brüsewitz-Zentrum

In der BRD soll ein Brüsewitz-Zentrum geschaffen werden. Einen Aufruf dazu haben diesen Frühling mehr als 150 Persönlichkeiten aus Politik, Kirche und Wissenschaft unterzeichnet, darunter der westdeutsche Bundestagspräsident Carstens, der emigrierte sowjetische Bürgerrechtler Amalrik und der Präsident der Paneuropa-Union, Otto von Habsburg.

Während sich im Sowjetlager die Menschen- und Bürgerrechtsbewegung gegen den Machtapparat profiliert, wird es für die dortigen Kirchen immer schwieriger, sich angesichts der zutage getretenen Fronten zwischen Herrschenden und Beherrschten einer Stellungnahme zu entziehen. Was sind die Kirchen im Osten? Willfähige Diener des Staates oder Träger geistiger Selbstbehauptung gegenüber einer offiziellen Monopol-Ideologie, die zudem atheistisch ist? Relative Eindeutigkeiten gibt es in den einander entgegengesetzten Fällen des servilen Moskauer Patriarchats und der eigengesichtigen katholischen Kirche Polens. Wie steht es sonst? Wie steht es zum Beispiel in der DDR?

Bis vor kurzem hatte die evangelische Kirche in der DDR den Eindruck gemacht, ein Musterbeispiel für sozialistische Ein- und Unterordnung zu sein. Die Selbstverbrennung von Pfarrer Oskar Brüsewitz im letzten Sommer hat das in Frage gestellt. Gewiss: Zunächst bot sich nicht zuletzt für westkirchliche Kreise auf Wohlverhaltenskurs die bequeme Erklärungsmöglichkeit, es handle sich um eine abseitige und abwegige Episode, die man nicht politisch verstehen («missbrauchen») dürfe. Was dem aber widersprach, war in der DDR selbst die sofort entstehende innerkirchliche Diskussion, die offiziellerseits weder totgeschwiegen noch propagandistisch überspielt werden konnte. Die Tat machte einen inneren Zustand der Zerrissenheit sichtbar, über dessen anderweitige Indizien (die vor allem in den letzten drei Jahren zugenommen haben) man bis dahin bloss diskret hatte hinwegsehen können. Sie erwies sich als Symptom für die Bewegung in der Zeit. Sie lässt sich — jedenfalls in der DDR — als bloss klinischer Fall sowenig abtun wie seinerseits die Selbstverbrennungen von buddhistischen Mönchen in Vietnam.

Von diesem «Fall» ausgehend, schildert hier Jürgen Seidel die Situation der Kirche in der DDR. Heute vor allem in den grundsätzlichen Aspekten des möglichen Verhaltens einer christlichen Glaubensgemeinschaft in der geschlossenen Gesellschaft. Ein zweiter Teil wird sich unter anderem detaillierter der Frage zuwenden, wie weit sich der Freitod von Pfarrer Brüsewitz als Fanal für ein neues kirchliches Selbstverständnis ausgewirkt hat.

Pfarrer Seidel spricht nicht als Aussenstehender. Er ist vor drei Jahren aus der DDR in die Schweiz gekommen. Er hat jenen, die hier von der Harmonie zwischen Christentum und Staatssozialismus so überzeugt sind, etwas Erfahrung voraus.

konkrete Bedenken hervor: Ist die Kirche nicht zu «staatsfromm»? Müsste sie nicht entschiedener der marxistischen Ideologie widersprechen? Parteivertreter dagegen forderten eindeutige kirchliche Stellungnahmen zugunsten der SED-Politik.

Der Weg der DDR-Kirche verläuft auf einem sehr schmalen Feld. Aber «Gottes Wege führen weiter» «aus gesicherten Positionen, erstarrten Formen und Gebräuchen in neues Gelände, neue Erfahrungen, Entdeckungen und Freiheiten in eine neue Lebendigkeit». Politisch konkret: «Wir werden weder einen Transmissionsriemen der Partei noch ein Trojanisches Pferd der Konterrevolution aus uns machen lassen.»

Motiv «Transmissionsriemen» der Partei...

Oder in Parteideutsch ausgedrückt: «Die Kirchen in unserem sozialistischen Staat können nicht neben unserer sozialistischen Ordnung leben und wirken, erst recht nicht gegen sie. Sie werden vielmehr als Kirchen in unserer sozialistischen Ordnung ihr Zeugnis ablegen und ihren Dienst tun.»

Und noch deutlicher: «Unser (christlicher) Beitrag zur Diskussion um die Standortbestimmung der Kirchen im Sozialismus lautet, von den Bedürfnissen der Wirklichkeit erhärtet: Entscheidung für den Sozialismus, für seine Aussen-, Innen-, Sozial- und Kulturpolitik, und Gewinnung der festen und konsequenten Positionen unserer Kirchen in dieser unserer sozialistischen Ordnung.»

So forderte es bereits 1972 der Ostberliner Pfarrer Georg Schäfer, Vorsitzender des (inzwischen

aufgelösten) Bundes Evangelischer Pfarrer in der DDR. Jener Pfarrerbund hatte sich das Ziel gesetzt, den «Prozess der Neuorientierung» der Kirche auf den DDR-Sozialismus zu fördern und zu beschleunigen.

Was mit dem Ausdruck «Neuorientierung» gemeint ist, definierte SED-Politbüromitglied Albert Norden auf dem 13. Parteitag der Ost-CDU im gleichen Jahr 1972. An die Adresse der Christen gerichtet, sprach er die Erwartung aus: «Ihr Wille und Ihre Haltung werden daran sichtbar, dass Sie — ohne Bekenner der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu sein — den Sozialismus bejahen, dass Sie von den Aussagen Ihres Glaubens und Ihrer Ethik aus einen schöpferischen Beitrag zur Festlegung der sozialistischen Ordnung, insbesondere auch der Menschenbildung, leisten.»

Damit ist aber keineswegs gemeint, dass die Christen ihr Gedankengut einbringen können in das gemeinsame Gespräch über gesellschaftspolitische Fragen und daraus eigene Schlussfolgerungen ziehen dürften für ihre Mitarbeit.

«Was wir als eigen einbringen dürfen, ist unsere eigengeartete Motivation; und es wird als selbstverständlich angesehen, dass wir mit dieser anderen Motivation dann doch genau das tun, was die Partei der Arbeiterklasse festgelegt hat.» (Bischof Krusche auf dem Kirchentag 1976 in Halle)

Denn allein die Partei der Arbeiterklasse repräsentiert den Fortschritt in der gesellschaftlichen Entwicklung. Auch Christen dürfen sich diesem Anspruch nicht entgegenstellen. Ansonsten bleiben sie der Vergangenheit und damit einer gesellschaftsfremden (oder gesellschaftsfeindlichen) Denkweise verbunden.

Der Chefredakteur der (Ost-)CDU-orientierten Evangelischen Monatszeitschrift «Standpunkt»,

Günter Wirth, erhebt die Forderung an die Kirchen:

«Erster Schritt bleibt nach wie vor die Klärung der grundsätzlichen Probleme der Stellung der evangelischen Kirchen in unserer sozialistischen Ordnung, ohne Wenn und Aber, ohne Akklamation und Konjunktiv, ohne Ignorierung der Grundlinien der Politik unseres sozialistischen Staates in allen Bereichen.»

Analog dazu «kann jeder Bürger unseres Landes nur ein uneingeschränktes Ja (zur SED-Politik) sagen, er kann sie nur mit allen Kräften unterstützen.»

Ein Beispiel für solches Wohlverhalten gibt der 85jährige emeritierte Pastor Bruno Theek in der Januar-Ausgabe 1977 von «Standpunkt»:

«Die Entscheidung ist für den Christen insofern vorgegeben, als der christliche Glaube dazu führt, sich auf die Seite des Sozialismus zu stellen, weil dessen Prinzipien den Forderungen des Evangeliums weit mehr entsprechen als die jeder anderen Gesellschaftsordnung. Christenpflicht und Staatsbürgerpflicht hängen daher bei uns nicht nur eng zusammen, sondern gehen ineinander über.»

Theek erhielt zu seinem 85. Geburtstag die Friedensmedaille der DDR in Gold.

Schliesslich gibt es nach marxistischer Auffassung gar keinen anderen Weg zum Weltfrieden als über den Sozialismus.

«Wir, die Marxisten, freuen uns über jeden aus christlichem oder sonstigem religiösen Lager kommenden Freund, Bundes-, Kampfgenossen, der mit uns gemeinsam um den Sozialismus ringt. Dies um so mehr, als es gar keinen anderen Weg zum Sozialismus als denjenigen des Massenkampfes gibt. Und wo Millionenmassen christlich orientiert sind, heisst dies, mit aller Kraft daran zu arbeiten, die Werktätigen unter diesen Millionen für den Sozialismus zu gewinnen. Sie werden dann schlicht und einfach Sozialisten sein, sie werden ihre Entscheidung christlich zu motivieren trachten... (Aber) es gibt nur einen Sozialismus.»

Seit der Gründung der DDR im Jahre 1949 war es erklärtes Ziel der kommunistischen Einheitspartei, die Führung des Staates und aller gesellschaftlichen Einrichtungen zu übernehmen. Denn «die Arbeiterklasse und die marxistisch-leninistische Partei (ist) die entscheidende, die führende politische Kraft bei der Gestaltung dieser neuen Gesellschaft. Das ist eine objektive gesellschaftliche Notwendigkeit und keine Ermessensfrage.»

Weil die Partei die Strategie des Kampfes um Frieden, gesellschaftlichen Fortschritt und die Stärkung der Macht der Arbeiter und Bauern betreibt, gilt auch für die Christen die Unterordnung unter jene «Diktatur einer Parteiführung über das Proletariat» (Prof. Havemann).

Diesen Parteianspruch der christlichen Bevölke-



Oskar Brüsewitz

rung nahezubringen, überlässt die Einheitspartei ihrem Bündnispartner, der CDU, nicht ohne ihr Konzept und Vorgehen vorzuschreiben und sie zu beaufsichtigen.

Gemäss Parteinteresse gibt es keinen dritten und keinen «eigenen» Weg der Kirche zur Befriedung unserer Welt. Weil sich die marxistische Partei allein in der Lage wähnt, die Verstrickung der Kirche in die bisherigen Ausbeutergesellschaften aufzuzeigen, befreit sie die Christen in der DDR zugleich zur Parteinahme für die sozialistische Gesellschaft.

Weil jedoch die Hinwendung zur SED-Diktatur für die Christen zugleich die Abkehr von demokratischen Denkvorstellungen (= kapitalistischen Voraussetzungen) verlangt, wurde den Christen ein «Lernprozess» zur «freudigen Mitarbeit beim Aufbau des Sozialismus» (Seigewasser) verordnet.

Seit einigen Jahren ist dieser Begriff «Lernprozess» im Gespräch, mit dem die Kirchen ihren Weg zu einer evangeliumsgemässen Verkündigung unter atheistisch-kommunistischen Bedingungen umschrieben haben. Die Partei deutet den Begriff auf die ihr genehme Weise und lässt ihre Vorstellungen darüber zuweilen durch CDU-Propagandisten vortragen.

Der frühere Thüringer Oberkirchenrat Lotz fordert im April 1976 von den christlichen Mitbürgern, «sich mit der Politik der Partei der Arbeiterklasse zu beschäftigen, das marxistische Gedankengut zur Kenntnis zu nehmen, zu studieren und die sozialistischen Strukturen zu erkennen als das Instrumentarium, das allein in der Lage ist, die Wolfsgesetze des aggressiven imperialistischen Kapitalismus zu überwinden».

Bereits im Februar 1976 konnte der CDU-Vorsitzende Gerald Götting feststellen:

«Die sozialistische Entwicklung hat einer ständig wachsenden Zahl von Theologen und kirchlichen Amtsträgern zu vielerlei neuen Einsichten in gesellschaftliche Probleme und Zusammenhänge verholfen. Bekanntlich ist der Weg, den die Kirchen in der DDR zurückgelegt haben, um ihren Platz in der neuen Gesellschaft einzunehmen, nicht einfach gewesen, und der ‚Lernpro-

Brüsewitz als Symptom

Am 22. August 1976 starb in Halle (DDR) Pfarrer Oskar Brüsewitz. Er hatte sich fünf Tage zuvor, am 18. August 1976, auf dem Marktplatz der ostdeutschen Kreisstadt Zeitz mit Benzin übergossen und angezündet. Nach eigenem Bekunden wollte er mit seiner Tat gegen die Unterdrückung von Kirche und Jugend protestieren, insbesondere gegen die Behinderung der religiösen Erziehung.

Wer war Oskar Brüsewitz? Im «Kirchenblatt» (Basel) schrieb J. J. S. am 6. Januar 1977:

Am 30. Mai 1929 wurde er in Litauen geboren. Sein Vater, ein Malermeister, stammte aus Reval und die Mutter kam aus Sibirien. Nach seiner Konfirmation begann er eine Kaufmannslehre. Die Kriegswirren unterbrachen seine Ausbildung. Kurz vor Kriegsende wurde er noch dienstverpflichtet und geriet als 15jähriger in sowjetische Kriegsgefangenschaft. 1945 wurde er entlassen und begab sich auf die Suche nach seinen Eltern, die er weit entfernt von der Heimat in Sachsen wiederfand. Erneut trat er in ein Lehrverhältnis zur Schuhmacherausbildung und brachte es bis zum Meister. Bereits damals hegte der junge Oskar den Wunsch, Prediger zu werden. Umstandehalber liess sich jener Gedanke nicht verwirklichen. Nach ei-

ner gescheiterten Jugendheiratete er später die Diakonisse Christa Roland. In seiner Wohngemeinde Weissensee «betätigte er sich mit viel Einsatz in der Kirchengemeinde, zum Beispiel bei Evangelisationen und im Gemeindegemeinderat. Der Kirchenkreis setzte sich 1964 für seine Aufnahme in die Predigerschule ein» (Nachruf am Grab). Seine Ausbildung beendete er 1970. Seither war Brüsewitz Vikar und Pfarrer jener Dorfgemeinde Drossdorf.

Seine Gemeindegemeindearbeit hatte Zuspruch und heftigen Widerstand erfahren. In der Tat waren seine Handlungsweisen ungewöhnlich. Er fuhr mit Pferd und Wagen in die Stadt und hatte die Losung am Wagen befestigt: «Ohne Regen, ohne Gott, geht die ganze Welt bankrott.» Das war seine Antwort auf die Parteilosung: «Ohne Gott und Sonnenschein bringen wir die Ernte ein.» Da Schreiben und Reden nach seinem eigenen Eingeständnis eine schwache Seite von ihm waren, wirkte er durch seine Taten. Mit eigener Hände Arbeit errichtete er einen Kinderspielplatz und veranstaltete Kinder- und Jugendfeste. Aus den Erträgen seiner kleinen Landwirtschaft spendete er Preise (Kaninchen und Lämmer) für die Sieger. Mit Schärfe trat er dem Absolutheitsanspruch der Partei auf die Erziehung der Jugendlichen entgegen. Den sozialistischen Parolen auf dem Schulhof stellte er ein Plakat entgegen, auf das er in grossen Buchstaben geschrieben hatte: «Das Wort des Herrn bleibt in Ewigkeit.» (...)

zess', von dem die Kirchen selbst sprechen, dauert noch an.»

So wird also die Identifizierung mit der Parteilinie für den einzelnen Christen und die Kirchen als die einzig logische Konsequenz verantwortlichen Verhaltens propagiert.

Die marxistische Ideologie beansprucht für sich jenen eschatologischen Rang, der den christlichen Verheissungen vorbehalten war. Die Tätigkeit der Pfarrer besteht demzufolge nach SED-Auffassung darin, «zur Standortfindung der Gemeindeglieder in der sozialistischen Gesellschaft beizutragen und hier eine besondere Verantwortung zu übernehmen».

Als beispielhaft für die Verwirklichung christlicher Existenz im Sozialismus wird eine Pfarrergruppe aus dem Kirchenbezirk Bautzen genannt mit obigem Ziel.

Noch deutlicher drückt diese Forderung der stellvertretende CDU-Vorsitzende (und Angehörige des Staatssicherheitsdienstes?) Wolfgang Heyl aus: «Die Aufgaben am Arbeitsplatz oder in ehrenamtlicher Tätigkeit (können) nicht mit Glaubensaussagen bewältigt werden.» Denn der Missionsgedanke muss dem Führungsanspruch der Partei weichen. Alleinige Richtschnur und «Triebkraft für unser gesellschaftliches Handeln» sind die marxistisch-leninistischen Erkenntnisse.

Gerald Götting nennt drei Punkte der bisherigen Kirchenpolitik, bei denen sich bisher Erfolge eingestellt hätten:

- Der real existierende Sozialismus in der DDR wird zunehmend auch für Christen aus nichtsozialistischen Ländern interessant.
- Die Mitarbeit von Christen bei der Festigung der Diktatur des Proletariats (d. h. der Unterdrückung der geistigen und materiellen Freiheit durch die Parteioligarchie) nimmt zu.
- Gleichzeitig wächst die Aktivität der Gemeindeglieder in unserem gesellschaftlichen Leben, gehen sie immer bewusster von ihren positiven Erfahrungen in ihrer neuen sozialistischen Umwelt aus, die sie immer aktiver gestalten.

So wird es verständlich, wenn die evangelische Bundessynode vom September 1976 einen grossen Teil ihrer Zeit darauf verwenden musste, «die Grundfragen des Weges unserer Kirche heute zu bedenken».

In seinem Bericht der Kirchenleitungen formulierte Pfarrer Kramer vor der Synode Fragen für den weiteren gemeinsamen Weg der Kirchen unter der Voraussetzung eines verstärkten Erwartungsdruckes seitens der kommunistischen Parteifunktionäre.

«Wie können wir uns als Konferenz und Synode, als Kirchenleitungen, als Gemeinden und einzelne Christen verständlich machen untereinander und in der sozialistischen Gesellschaft der DDR, in der wir nach Gottes Willen leben, in der Weltchristenheit und über die politischen Grenzen unseres Staates hinaus? Wie machen wir unsere Hoffnung auf Gottes Beistand heute und auf seine Zukunft allen deutlich, die noch nichts davon wissen, noch nichts davon halten?» Denn «wir können nirgendwo darauf verzichten, Chancen zu nutzen, das Evangelium weiterzusagen».

Verdeutlicht hatte dies schon einmal zuvor der sächsische Landesbischof Dr. Hempel: «Es ist notwendig, uns immer neu zu vergewissern, dass wir das, was wir im politischen Bereich sagen

Teppiche als Kunstwerke.

Wir haben im Orient Teppiche gefunden, die so einzig sind in ihrer Art, so wertvoll und schön, dass sie die Bezeichnung Kunstwerk ohne weiteres verdienen.

Weil sie so selten, alt und kostbar sind, haben wir diese Teppiche in einer Sammler-Kollektion zusammengefasst.

Wenn Sie Ihr gutes Geld in wertbeständigen, heute noch günstigen Teppichen anlegen wollen, sollten Sie das lieber heute als erst morgen tun.

Geelhaar

W. Geelhaar AG, Thunstrasse 7, 3000 Bern 6
Marktgasse 42, 3011 Bern
Teppich-Showroom Zürich, Zweierstr. 35, 8004 Zürich

und tun, aus freiem Gehorsam gegenüber dem Evangelium tun.»

Bischof Fränkel, Görlitz, erwidert seinerseits die Forderung nach einem Treuebekenntnis zur Partei mit jenem Hinweis, dass «Absolutheitsansprüche... heute ein Anschlag auf den Frieden der Welt» seien.

...versus Motiv «Trojanisches Pferd»

Die evangelischen Kirchen der DDR verstehen sich nicht als verlängerter Arm der Einheitspartei zur Unterwanderung der westlichen Christenheit. Im Gegenteil unterziehen sie sich selbst kritischen Fragen nach ihrer Glaubwürdigkeit und suchen nach einer evangeliumsgemässen Position als Kirche für Menschen unter kommunistischen Lebensbedingungen.

Mit solchen Aeusserungen gerät jedoch die Kirche in die Gefahr der Verurteilung als «Trojanisches Pferd der Konterrevolution».

Dass Christen zu allen Zeiten ein gebrochenes Verhältnis zum Fortschritt gehabt hätten, behauptet Chefredakteur Günter Wirth. Deshalb könnten sie keinen eigenen Beitrag zum Aufbau der kommunistischen Gesellschaft leisten, sondern bedürften der Führung durch die Partei. Denn «der Missbrauch des Christentums durch die Reaktion, Chauvinismus und Rassismus, soziale Demagogie, konterrevolutionäre Ideologien aller Nuancierungen» berge grosse Gefahren in sich. Deshalb sei es notwendig, alle progressiven Traditionen in der Geschichte des Christentums aufzugreifen und im Sinne der Marxismus-Theesen zu deuten.

Alle «Illusionen im Hinblick auf die Unumstösslichkeit der gesellschaftlichen Veränderungen» in dem von sowjetischen Soldaten besetzten Teil Deutschlands müssten endgültig begraben werden. «Alle Versuche, diese oder jene Auffassungen der spätbürgerlichen Ideologie in Kirche und Theologie zu verbreiten», würden mit allen Konsequenzen zurückgewiesen.

Entscheidend ist allein die ausdrückliche Parteilinie für den Sozialismus in DDR-Version und

gegen den Imperialismus und die Bereitschaft, das «internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus» zu verändern.

Weil marxistisch-leninistische Ideologie und christlicher Glaube zu weit voneinander entfernt sind und keine weltanschauliche Ehe eingehen können, wird Religion auf das private Feld eines jeden Bürgers verwiesen, während die gesellschaftliche Stellung eines Christen von seiner Parteizugehörigkeit und dem Bekenntnis zum Marxismus-Leninismus abhängig ist.

Der SED-Dogmatiker Martin Robbe fragt denn auch unumwunden: «Verliert der revolutionäre Impuls, indem er ins Religiöse und Theologische übersetzt wird, nicht an Substanz? Kann er nicht gar in sein Gegenteil verkehrt werden?»

Robbe verneint für Christen die Möglichkeit, gesellschaftlich zuverlässige Verantwortung übernehmen zu können, und gesteht ihnen nur eine bedingte Mitarbeit am Aufbau der kommunistischen Weltherrschaft aufgrund ihrer christlichen Ausgangslage zu. Wer dies jedoch will, «muss sich an der revolutionären Praxis beteiligen, in der sie vollzogen wird».

So stehen die Christen in der sozialistischen Welt unter dem Verdikt, einer fortschrittshemmenden Ideologie verfallen zu sein, unfähig, eigenständig in ihrer Gesellschaft aktiv mitzuarbeiten. Im Hintergrund lauert die Ablehnung als unzuverlässiger Partner, lauert die Gefahr der Klassifizierung als Staatsfeind, lauert die Gefahr von Isolation und Diskriminierung.

Weil die Parteifunktionäre unter einem Nachholbedarf an Anerkennung im Volk leiden, dulden sie kirchlicherseits keine kritischen Beiträge. Sie versuchen durch Einschüchterung oder Versprechungen für Wohlverhalten, kirchliche Stellungnahmen in gewünschtem Stil zu erreichen. Ihr Anspruch auf Fortschrittshabitus und Weltherrschaft verträgt sich nicht mit der Erkenntnis, von den eigenen Bürgern im Lande kritisch in Frage gestellt zu werden. So werden die laufend geforderten Treuebekenntnisse aus jener Unsicherheit über die Stellung der eigenen Partei erklärlich.

ca. 95% fett-frei

Von vielen Ärzten empfohlen:

Natur-Magerkäse Roth-amino

fast ohne Fett, ganz ohne Kohlehydrate, aber reich an Eiweiss und Mineralstoffen.

Ein echter Linienfreund.

Bezugsquellen durch:
Roth-Käse AG, Tel. 01/87 46 42



Es gibt zwei Möglichkeiten für die Christen in der DDR. Entweder willigen sie ein, ohne Einschränkung die gesellschaftspolitische Ordnung zu bejahen und durch tägliche Bekenntnisse zu untermauern, oder sie haben die «kämpferischen Auseinandersetzungen des Marxismus mit idealistischem und religiösem Denken» unter konkreten Bedingungen zu erwarten.

Gegen jene «Käfte mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen», steht in Übereinstimmung mit der sozialistischen Verfassung.

Ziel beider «Angebote» ist die Beseitigung des christlichen Glaubens aus dem gesellschaftlichen Leben und aus den Köpfen der Bürger, sei es durch Selbstpreisgabe oder durch Vernichtung «mit aller gesetzlichen Schärfe».

Angesichts solcher Gefährdung bleibt nur ein schmaler Pfad zwischen Anpassung und Opposition. Beschwerlich für die Christen ist vor allem die Nähe zu missverständlichen Äußerungen im täglichen Kleinkrieg. Diese Belastungen brachte der Magdeburger Bischof auf der Züsso-

wer Tagung zur Sprache. Die Verhandlungen zwischen Kirche und Staat seien im Interesse der Sache immer wieder nötig. Aber zugleich erfordere dies, «sich in ihren Spielregeln, Sprachregulierungen, Norm- und Tabu-Erwartungen zustimmend oder ablehnend zu bewegen. Das führt — vielleicht unvermeidlich — dazu, dass die kirchenleitend Verantwortlichen bei ihrem Handeln und öffentlichen Reden die nächste Reaktion der staatlichen Vertreter mit im Kopf haben.»

Die Kirchenleitungen stehen dauernd in der Spannung zwischen der Schaffung günstiger Situationen für die gemeindegliedliche Arbeit und eingefrorener Beziehungen zu dem Staat mit erschwerten gemeinschaftlichen und persönlichen Folgen für die Arbeit. Sehr schnell lastet dann auf der Kirche das Etikett der «Parteinahme für den Kapitalismus» und damit die schlimmste Kennzeichnung im politischen Sprachgebrauch der DDR.

Die Bischöfe stehen mit ihren Gemeindegliedern

in ihrem jeweiligen Bereich dauernd in der Gefahr, für parteipolitische Propagandazwecke vereinnahmt und zugleich als Störenfriede der sozialistischen Ordnung aufgrund ihres als überholt bezeichneten Glaubens deklassiert zu werden.

«Wir haben in den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen zu prüfen, was Gott von uns will, und haben das nach seinem Willen Gute zu tun. Wir verfallen dem Unglauben, wenn wir meinen, in den gegebenen Verhältnissen von Gott verlassen zu sein, und darum verzweifeln, oder wenn wir die geschichtlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten als unmittelbare Kundgabe des Willens Gottes deuten und darum vorbehaltlos annehmen. In der Freiheit unseres Glaubens dürfen wir nicht von vornherein darauf verzichten, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung zu unterscheiden zwischen dem gebotenen Dienst an der Erhaltung des Lebens und der gebotenen Verweigerung der atheistischen Bindung.» (1963!) *Fortsetzung folgt*

Oskar Brüsewitz und Psychiatrie

Sequenzen

1. Schweizerischer Evangelischer Pressedienst, Nr. 39, Zürich, 29. September 1976, Seite II:

«Im Moment überschattet die Selbstverbrennung des Pfarrers Brüsewitz alles andere. Pfr. Sigrüst hat die Akten studiert und ist zum Schluss gekommen, dass Pfr. Brüsewitz nicht ein Psychopath war, wie die staatliche Propaganda behauptete, aber ein Neurotiker, der zusehends unter Depressionen litt.»

2. «Neurosen: Aetiopathogenese, Diagnostik und Therapie». Herausgegeben von Kurt Höck, Hans Szewczyk und Harro Wendt. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin 1972 (DDR); Seite 87 f.:

«Die Unterscheidung einer Neurose von einer Psychopathie wird in den letzten Jahren immer fragwürdiger. Petrilowitsch hat z. B. 1969 versucht, den Psychopathiebegriff aus seiner statischen Fassung zu lösen. Er spricht nicht mehr von psychopathischen Charaktertypen, sondern von *Verlaufstypen* und meint, dass es unterschiedliche Manifestationstermine des Psychopathischen gebe, so wie es auch unterschiedliche Manifestationstermine des Neurotischen gibt. So tritt nach Petrilowitsch der willenslose Psychopath besonders früh in Erscheinung, 'verschwinde' aber auch derartig früh, dass man im späteren Lebensalter kaum Patienten finden könne, die dem reinen Typ Willensloser entsprechen würden. Gewisse Verlaufstypen der Psychopathie seien also lediglich passagere Zustände. Bei einer derartigen dynamischen Fassung darf man aber fragen, ob damit *Psychopathie und Neurose noch als zwei Wesensverschiedenheiten diagnostisch abgrenzbar sind* oder ob sie lediglich im Phänomen, das die Patientenpersönlichkeit bietet, Akzentuierungen je nach der Betrachtungsweise darstellen. Aus den Arbeiten von Höck und Kohler (in die-

sem Band), besonders hinsichtlich der primären Fehlentwicklung, zeigt es sich, dass die vorschnelle Abgrenzung einer psychopathischen Persönlichkeit, die neurotisch erkrankte, nur den Weg für eine differenzierte Diagnostik und Beurteilung versperrt.

(...)

In unserer Zeit, in der die Soziopsychopathologie in den Vordergrund des wissenschaftlichen Interesses in der DDR rückt und als ihre Aufgabe die *Erforschung spezifischer Lebensumstände unserer Generation als eine Ursache für psychisches Fehlverhalten* sieht, also nicht vom Individuum und seinen speziellen Umweltbedingungen ausgeht, sondern in Anlehnung an die Gebiete der Soziologie, Sozialpsychologie, Sozialhygiene und Entwicklungspsychologie von der Erforschung aller speziellen Bereiche, die geeignet sind, in bestimmten Altersgruppen unter Fehleinwirkungen zu einer Fehlentwicklung zu führen, hat, so glauben wir, der *Psychopathiebegriff in seiner jetzigen Form keine Berechtigung mehr*.

(...)

Der *Psychopathiebegriff* — bzw. der wertfreiere Begriff der *abnormen Persönlichkeit* — und der *Neurosebegriff* werden dann wahrscheinlich nur noch Akzentuierungen unterschiedlicher Formen von nachhaltigen vegetativen Affektreaktionen, nachhaltigen bedingt-reflektorischen Störungen, Fehlhaltungen, Fehlverhaltensweisen und primären sowie sekundären psychischen Fehlentwicklungen sein.»

Hinweis: Mitverfasserin ist Prof. Christa Kohler, Direktorin der Leipziger Universitäts-Nervenambulanz und Erste Vorsitzende der Gesellschaft für ärztliche Psychotherapie. SED-Mitglied.

3. D. Müller-Hegemann: «Die Berliner-Mauer-Krankheit». Nicolaische Verlagsbuchhandlung KG, Herford, S. 120 f.:

«Wenn jemand gegen Partei und Staat der DDR eingestellt ist, muss er entweder ein politischer Feind sein oder eine Geisteskrankheit haben.»

«Es ist beunruhigend, wie oft Personen, die sich politisch missliebig gemacht haben, in der DDR von irgendwelchen medizinischen Verwaltungs-

stellen in psychiatrische Krankenhäuser als 'Geistesranke' eingewiesen werden.»

4. amnesty international rundbrief Januar 1977, Seite 9:

Herr XX wird seit Oktober 1971 in einer psychiatrischen Klinik in der DDR festgehalten. Obwohl er 68 Jahre alt und sein Gesundheitszustand schlecht ist, lebt er wie während des größten Teils der letzten fünf Jahre unter den Bedingungen von Einzelhaft. Der vermutliche Grund für die Internierung in einer psychiatrischen Klinik war eine Reihe von Protesten und friedlichen Weigerungen, mit den Behörden zusammenzuarbeiten.

Herr XX wurde zum erstenmal 1961 verhaftet, nachdem er gegen den Bau der Berliner Mauer protestiert hatte. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt — wegen «staatsfeindlicher Aufhetzung und Schädigung der sozialistischen Ordnung von Staat und Gesellschaft». Nach seiner Entlassung erhielt er eine begrenzte Aufenthaltserlaubnis, die ihm den Besuch von Sonneberg, wo seine Familie lebt, untersagte, weil Sonneberg nahe der Grenze zur Bundesrepublik Deutschland liegt. Als er versuchte, nach Sonneberg zu kommen, wurde er verhaftet. Er erhielt eine weitere Gefängnisstrafe von zwei Jahren, diesmal wegen «Gefährdung der Ordnung und Sicherheit der Staatsgrenze».

Nach Ablauf seiner Haft kam er in ein Pflegeheim. Während er dort unter Aufsicht lebte, wurde für ihn ein Antrag auf Ausreise eingereicht. Später wurde er in die psychiatrische Klinik in Leipzig-Dösen überführt. Obwohl seine Verwandten in der DDR und in der BRD bereit sind, sich seiner anzunehmen, haben die DDR-Behörden seine Freilassung abgelehnt und halten ihn unter Bedingungen fest, die seinen schlechten Gesundheitszustand nur verschlechtern können. ai-Mitarbeiter aus der Bundesrepublik können in diesem Fall nicht tätig werden.

Hinweis: Prof. Müller-Hegemann war Vorgänger von Christa Kohler als Direktorin der Leipziger Klinik und des Wilhelm-Griesinger-Krankenhauses Ost-Berlin bis 1971.

Frage: Wo hat Pfarrer Sigrüst welche Akten studiert? *J. J. S.*